

Europäisches Zentrum für
KURDISCHE STUDIEN
Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie e. V.

BGFK >>> Emser Straße 26 >>> 12051 Berlin
Eva Savelsberg & Siamend Hajo

An das Bayrische Verwaltungsgericht München
z. Hd. Herrn Dr. Decker
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht
Postfach 20 05 43

80005 München

Berlin, den 26. Oktober 2005

Betr.: Verwaltungstreitsache ----- gegen Bundesrepublik Deutschland,
Aktenzeichen M 27 K 04.50497

Sehr geehrter Herr Dr. Decker,

unter Bezug auf die oben genannte Verwaltungstreitsache erlauben wir uns im Folgenden, zur Situation der jezidischen Bevölkerung im Irak Stellung zu nehmen.¹ Eingangs sei eine kurze Bemerkung zur Herkunft des Klägers erlaubt: Er gibt an, aus dem Dorf Kheder zu stammen – dieses Dorf ist uns bedauerlicherweise kein Begriff, was möglicherweise an einem Transkriptionsfehler liegen mag. Uns ist lediglich das jezidische Dorf Kheerava bei Khanek (Zentraldorf in der Provinz Dohuk) bekannt. Des Weiteren gibt es ein altes jezidisches Dorf namens Sheich Khideiri, das allerdings unseres Wissens nicht mehr bewohnt ist. Es liegt/lag bei Scharya, einem Zentraldorf nördlich der ehemaligen grünen Grenze zwischen kurdischem Norden und Zentralirak, ebenfalls in der Provinz Dohuk. Wir gehen allerdings nicht davon

¹ Dieses Gutachten wurde unter Mitarbeit von Irene Dulz erstellt. Frau Dulz ist Orientalistin und Jezidenexpertin (Schwerpunkt Irak) und befindet sich seit Anfang September 2004 im Nordirak (Dohuk). Im Auftrag der Gutachter bzw. des Europäischen Zentrums für kurdische Studien hat sie zwischen September und November 2004 sowie zwischen August und Oktober 2005 jeweils ausführlich zur Situation der jezidischen Bevölkerung im Irak recherchiert. Die Ergebnisse der Recherche aus dem Jahr 2004 wurden bereits in anderen Gutachten präsentiert.

aus, dass der Kläger aus einem der genannten Dörfer oder aus einem anderen Dorf im seit 1991 kurdisch verwalteten Norden stammt. Hiergegen spricht ganz eindeutig seine Selbstdefinition als arabisch sowie die Tatsache, dass sein Vater Mitglied der Baathpartei gewesen sein soll – es gab durchaus jezidische Baathisten im Zentralirak, kaum aber in den letzten zehn Jahren im kurdisch verwalteten Norden.

1 Es ist Beweis zu erheben über die Frage, ob Jeziden allgemein oder weibliche Angehörige dieser Gruppe, oder Personen, die eine besondere Stellung inne haben (jezidische »Würdenträger«) Opfer von Verfolgungen im Irak werden, die sich gegen sie aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser Glaubensgemeinschaft richten. Dabei ist auch darzulegen, wo, in welcher Form und Intensität die Verfolgung durch wen stattfindet.

Die Jeziden stellen im Irak eine kleine religiöse Minderheit dar: Schätzungen über ihre genaue Anzahl variieren stark, vermutlich liegt ihr Anteil bei ein bis zwei Prozent der irakischen Gesamtbevölkerung. Die meisten Jeziden, um die neunzig Prozent, leben in Gebieten, die bis zum Dritten Golfkrieg 2003 auf zentralirakischem Gebiet lagen, nur etwa zehn Prozent leben auf derzeit kurdisch verwaltetem Territorium, die meisten von ihnen in der Provinz Dohuk.

Hauptsiedlungsgebiete der Jeziden sind das Scheichan-Gebiet (Scheichan) und der Jabel Sindjar (Sindjar). Der Sindjar liegt, ebenso wie der größte Teil des Scheichan, in der ehemals zentralirakischen Provinz Niniveh. Nur ein kleiner Teil Scheichans – der Norden inklusive Lalisch-Tal, dem wichtigsten Wallfahrtsort der Jeziden, wo sich der Schrein von Scheich Adi befindet – liegt in der kurdischen Provinz Dohuk. Scheichan wie Sindjar gehören zu den früheren Arabisierungsgebieten des Landes: Der Jabel Sindjar wurde in den Jahren 1965, 1973–1975 sowie 1986–1987 entvölkert, die jezidischen Bewohner aus rund 400 Dörfern wurden gezwungen, fortan in so genannten Zentral- oder Sammeldörfern zu leben, wo sie, entfernt von ihren Ländereien und in Abhängigkeit von staatlichen Lebensmittelzuteilungen, leicht kontrollierbar waren. Ihre Dörfer wurden entweder zerstört, oder aber Angehörigen arabischer Stämme überlassen. Das Scheichan-Gebiet erlitt zehn Jahre später, ab 1975, dasselbe Schicksal.² Eine massenhafte Rückkehr der aus ihren Dörfern in Scheichan und

² Dulz 2003: 54–56.

Sindjar vertriebenen Bevölkerung hat bislang nicht stattgefunden, lediglich in einige kleinere Dörfer sind Jeziden zurückgekehrt, dabei kam es auch zur Vertreibung von dort angesiedelter arabischer Bevölkerung. Insgesamt scheint jedoch eher eine Verbesserung der Lebenssituation in den Zentraldörfern denn eine Rückkehr angestrebt zu werden.³ Die Mehrheit der Jeziden lebt somit in Dörfern bzw. Zentraldörfern in Sindjar und Sheichan, darüber hinaus gibt es in den großen Städten des kurdisch verwalteten Nordens, insbesondere in Dohuk, sowie in Mosul und Bagdad eine kleine jezidische Bevölkerungsgruppe. In der irakischen Hauptstadt etwa leben fünfzig bis siebzig jezidische Familien, außerdem sind dort junge Männer aus den jezidischen Zentraldörfern zu finden, die auf der Suche nach Arbeit nach Bagdad migriert sind, während ihre Familien weiterhin in den Zentraldörfern leben.⁴

Seit spätestens Mitte 2004 ist es im Irak zu einer Vielzahl von Übergriffen und Drohungen gegenüber Jeziden gekommen, insbesondere im Großraum Mosul ist die Situation bis in die Gegenwart nur als extrem angespannt zu bezeichnen. Aufgrund der insgesamt schlechten Sicherheitslage erfahren Übergriffe gegen Jeziden jedoch selbst dann, wenn sie tödlich sind, kaum Beachtung in der (internationalen) Presse. Das Interesse der arabischen Medien ist zudem auch aufgrund der kurdischen Ethnizität der Jeziden gering – auf Differenzierungen wird weiter unten noch einzugehen sein. Hinzu kommt, dass die jezidische Bevölkerung, anders etwa als die Christen im Irak, im Ausland über keine institutionalisierte Lobby verfügt, die in der Lage wäre, auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Anschläge gegenüber Jeziden müssen daher in teils mühevoller Kleinarbeit recherchiert werden, es gibt keine Menschenrechtsorganisation vor Ort, die in diesem Zusammenhang engagiert wäre. Eine vollständige Auflistung ist ebenso unmöglich wie ein seriöser Rückschluss von tatsächlich recherchierten Fällen auf die absolute Zahl der Übergriffe. Wohl möglich ist es hingegen, aufgrund bekannt gewordener Vorfälle herauszustellen, in welchen Regionen und für welche Personen eine erhöhte Gefahr besteht, an Leib und Leben verletzt zu werden.

³ Information von Irene Dulz, 22. Oktober 2004.

⁴ Gespräch zwischen Irene Dulz und dem jezidischen Journalisten Khidir Domle im Oktober 2004. Domle hat selbst über zehn Jahre in Bagdad gelebt, zog jedoch aufgrund der prekären Sicherheitslage schließlich nach Dohuk. Die Anzahl der Jeziden in Dohuk und Mosul dürfte deutlich höher sein als die in Bagdad.

Wir haben in der zweiten Jahreshälfte 2004 im Irak eine ausführliche Recherche inklusive der Auflistung konkreter Einzelfälle zur Situation der jezidischen Bevölkerung vornehmen lassen. Im August 2005 haben wir unsere Informantin vor Ort gebeten, zu überprüfen, inwiefern das für Ende 2004 festgestellte Bedrohungsszenario nach wie vor gültig ist. Die Nachforschungen zwischen August und Oktober 2005 haben zum einen ergeben, dass sich weder in den kurdisch verwalteten Gebieten, noch in Mosul und Bagdad die Situation nachhaltig verändert hat. Während in der kurdisch verwalteten Region Jeziden nach wie vor leben können, ohne gezielter Verfolgung durch staatliche Gruppen oder nicht-staatliche Akteure islamistischer respektive baathistischer Provenienz ausgesetzt zu sein – hierauf wird weiter unten noch zurückzukommen sein – ist die Situation insbesondere im Großraum Mosul, aber auch in Bagdad, so prekär wie bereits Ende 2004. Im Folgenden soll zunächst allgemein auf die verschiedenen Arten von Übergriffen im Irak eingegangen werden, dabei werden einzelne Fälle aus den Jahren 2004 und 2005 zur Illustration angeführt. Dieser Teil endete mit einer zusammenfassenden Darlegung, welche Angehörigen der jezidischen Bevölkerung in welchen Landesteilen in besonderer Weise von islamistischen/baathistischen Angriffen bedroht sind. Im Anschluss folgt eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Situation im überwiegend jezidisch besiedelten Sindjar, da sich hier die allgemeine Situation seit Ende 2004 erheblich verschärft hat.

Übergriffe gegen die jezidische Bevölkerung im Irak

Zunächst zu benennen sind *Morde* an Angehörigen der jezidischen Gemeinschaft – zu diesen kommt es insbesondere im Großraum Mosul. Ein Teil derselben ist ausschließlich auf die jezidische Religionszugehörigkeit der Betroffenen zurückzuführen – in manchen Fällen befanden sich an den Leichen entsprechende Hinweise, oder der Ermordung gingen diesbezüglich Drohungen voraus. In anderen Fällen wurde Jeziden vorgeworfen, sich »unislamisch« verhalten zu haben, hierzu gehört etwa das öffentliche Rauchen, Essen oder Trinken im Ramadan. Schließlich gibt es Fälle, in denen davon auszugehen ist, dass die Tötungen vor allem auf die Tätigkeiten der Betroffenen – insbesondere im Alkoholgeschäft – zurückzuführen sind, wobei die Wahl eines solchen Arbeitsplatzes eng mit der Religionszugehörigkeit verbunden ist. Anders als gläubigen Muslimen ist Jeziden der

Alkoholkonsum und -verkauf gestattet und bietet gerade für ungelernete Personen eine Arbeitsmöglichkeit, bei der die Konkurrenz deutlich geringer ist als in vielen anderen Bereichen – die Konkurrenten sind fast ausschließlich Angehörige der kleinen christlichen Minderheit. In einigen Fällen wurden die jezidischen Opfer nicht allein getötet, sondern ihre Leichen zudem geschändet.

Sämtliche von uns persönlich recherchierte Morde fanden entweder in Mosul oder aber in Bagdad statt, alle Opfer waren Männer – was vor allem darauf zurückzuführen sein dürfte, dass jezidische Frauen in den genannten beiden Städten kaum noch in die Öffentlichkeit gehen bzw. sich, wenn sie dies tun, entgegen den Vorgaben ihrer Religion verschleiern. Das jezidische Zentrum in Oldenburg nennt für Ende 2004 weitere Fälle in der Provinz Niniveh, u. a. in den Städten Baschika (Sindjar) und Tel Afar – auf diese Gebiete wird weiter unten noch zurückzukommen sein.⁵ Die Aufklärungsrate derartiger Mordfälle tendiert gegen null – allerdings ist davon auszugehen, dass die überwiegende Mehrheit derselben von islamischen Fundamentalisten, Gruppen wie Einzelpersonen, begangen wird. Täter aus dem rein kriminellen, nicht-politisch motivierten Milieu dürften sehr viel seltener vorkommen als etwa im Fall der christlichen Bevölkerung, die ebenfalls überproportional häufig Opfer von Anschlägen wird. Dies hängt damit zusammen, dass die meisten Jeziden, insbesondere diejenigen, die im Sindjar leben (und teilweise in Mosul Gelegenheitsarbeiten nachgehen), zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen des Irak gehören.⁶ Raubmorde an Jeziden kommen somit eher selten vor – dasselbe gilt im Übrigen auch für Entführungen zum Zweck der Erpressung von Lösegeldern.⁷

⁵ Insgesamt ist von mindestens 25 Morden und doppelt so vielen Gewaltakten innerhalb von vier Monaten die Rede.

⁶ Siehe den Artikel des Journalisten Khidir Domle, »Zunahme von Mordanschlägen auf Jeziden in Mosul« erschienen am 16.10.2004 im Magazin *Voice of Lalish*, am 21.10.2004 in der Tageszeitung *Al-Sabah* sowie auf <<http://www.bahzani.net>>. Siehe außerdem »Menschenrechtssituation der Jeziden im Irak«, 30.12.2004, eingesehen am 20. Oktober 2005 auf <http://www.yezidi.org/184.0.html>. Weitere Informationen stammen von Irene Dulz, Oktober 2004 bzw. Oktober 2005.

⁷ Allerdings ist uns der Fall eines Jeziden, Hindi Haji Alo, bekannt, der in Bagdad ein Alkoholgeschäft führte und im August 2005 zum Zweck der Erpressung von 50 000 US\$ entführt wurde. Angehörigen zufolge wurde er

Zum zweiten zu nennen sind diverse *Anschläge* gegen Angehörige der jezidischen Bevölkerung. Diese richteten sich zum einen gegen Jeziden, die Positionen in der öffentlichen Verwaltung einnehmen – so gab es etwa sowohl 2004 als auch 2005 Anschläge gegen den *kaimakam* (Bürgermeister) von Sindjar.⁸ Im Juli 2005 wurde zudem in Bagdad auf Mahmud Othman, Minister in der bis zu den Wahlen im Januar 2005 amtierenden Übergangsregierung, ein gezielter Mordanschlag verübt, bei dem einer seiner Leibwächter ums Leben kam.⁹ Sämtliche Jeziden in gehobenen Parteifunktionen, die nicht im kurdisch verwalteten Norden leben, haben daher aufgrund der permanenten Gefahr von Anschlägen eine erhebliche Anzahl Leibwachen um sich. Weiterhin in besonderer Weise bedroht sind jezidische Würdenträger – so wurde beispielsweise auf das weltliche Oberhaupt der Jeziden, Mîr Tahsin Beg, am 17. September 2004 in Al-Kosch, circa vierzig Kilometer von Mosul an der Provinzgrenze zu Dohuk gelegen, ein Bombenanschlag verübt, den er leicht verletzt überlebte.¹⁰ Inzwischen meiden sowohl der Mîr als auch der Baba-Scheich und andere hohe Würdenträger weitestgehend die Öffentlichkeit. So konnte bereits im Jahr 2004 das wichtigste jezidische Fest, das Fest der Versammlung (*Cejna Cemayya*), das alljährlich vom 6. bis 13. Oktober im Lalisch-Tal begangen wird, nur eingeschränkt stattfinden. Mîr Tahsin Beg hatte dazu aufgerufen, das Fest aus Sicherheitsgründen nicht zu feiern – obgleich das Lalisch-Tal in der eigentlich »sicheren« Provinz Dohuk liegt. Tatsächlich wurden die wichtigsten religiösen Riten 2004 nicht durchgeführt, weder der Mîr noch das religiöse Oberhaupt der Jeziden, der Baba-Scheich waren anwesend. Insgesamt nahmen nur einige hundert Jeziden an der Zeremonie teil, im Gegensatz zu 1 500 bis 2 000 in früheren Jahren. Insbesondere Jeziden aus dem Sindjar, die ansonsten die Mehrheit der Festteilnehmer ausmachen, waren fern

massiv gefoltert, ehe er – zufällig, nicht etwa als Ergebnis regulärer polizeilicher Ermittlungen – befreit werden konnte. Information von Irene Dulz, 9. Oktober 2005.

⁸ Telefonat mit D. Hasso am 4. Juli 2004. Der Genannte hielt sich im Juni/Juli 2004 im Irak auf. Information von Irene Dulz, 9. Oktober 2005, der zufolge im Sommer 2005 ein weiterer Anschlag auf den Bürgermeister versucht wurde, als der von Sindjar Stadt in Richtung seines Heimatdorfes Tall Banat unterwegs war.

⁹ Information von Irene Dulz, die am 31. Juli 2005 Mahmud Othman in Ain Sifni interviewt hat.

¹⁰ Siehe Hekar Findi, »Jzidisches Oberhaupt Mîr Tahsin Seid Beg verletzt«, erschienen am 17.09.2003 in der Wochenzeitung *al-Ahali*.

geblieben¹¹ – vermutlich war ihnen die Reise durch muslimisches Gebiet zu gefährlich (zur ungünstigen geographischen Lage des Sindjar siehe weiter unten). Ähnlich sah die Situation im Jahr 2005 aus: Auch in diesem Jahr waren nur zwischen 250 und 300 Besucher erschienen, weder die Mîr-Familie noch der Baba-Scheich waren anwesend, und insbesondere Jeziden aus dem Sindjar fehlten erneut auf dem Fest. Grund für die geringe Beteiligung war wieder die Furcht vor islamistischen Anschlägen – dies galt insbesondere angesichts der Tatsache, dass das *Cejna Cemayya* in diesem Jahr zu Beginn des Ramadan lag.¹² Die Erfahrungen der beiden vergangenen Jahre machen deutlich, dass die positive Religionsfreiheit von Jeziden aufgrund islamistisch motivierter Anschläge mittlerweile erheblich eingeschränkt ist.

Hinzu kommen zahlreiche Anschläge auf Alkoholläden und Kneipen, sowie auf Schönheitssalons und Damenfrisöre, in der Regel von christlichen, seltener von jezidischen Frauen geführt werden, und zwar vor allem im Großraum Mosul sowie im Großraum Bagdad.¹³

Neben konkreten Morden und Anschlägen kommt es zudem zu *Morddrohungen* bzw. öffentlichen *Einschüchterungskampagnen*. Erstere treffen vor allem Jeziden, die in irgendeiner Form herausragende Positionen einnehmen – so etwa beruflich besonders erfolgreiche Personen wie Ärzte oder Personen, die innerhalb der jezidischen *community* herausgehobene Posten einnehmen – sowie Personen, die berufsbedingt häufigen Kontakt zu Muslimen pflegen und in diesem Zusammenhang als Jeziden erkannt werden. Derartige Morddrohungen erfolgen dabei sowohl von Angesicht zu Angesicht, als auch telefonisch, als auch verbal. Die Mehrheit solcher Fälle ist uns aus Mosul und Bagdad bekannt. Öffentliche Einschüchterungskampagnen bestehen etwa in Plakatierungs- oder Flugblatt-Aktionen, vor allem, aber nicht ausschließlich während des Ramadan, bei denen die Bevölkerung unter Androhung massiver Konsequenzen zu »islamischem« Verhalten aufgerufen wird (Frauen werden aufgefordert, die islamischen Kleidungs Vorschriften zu beachten, Personen jedweder

¹¹ Information von Irene Dulz, die sich am 6. Oktober 2004 im Lalisch-Tal aufhielt.

¹² Information von Irene Dulz, die sich am 9. Oktober 2005 in Lalisch aufhielt.

¹³ Siehe den Artikel von Khidir Domle »Zunahme von Mordanschlägen auf Jeziden in Mosul« vom 18.09.2004. Siehe auch den Länderbericht der britischen Regierung zum Irak aus dem April 2004, Absatz 6.151 bis 6.152.

Religion die Gebote des Ramadan etc.) und in deren Rahmen immer wieder die Ermordung von Jeziden – ebenso wie von Christen, Juden und zum Teil Kurden – explizit gefordert wird.¹⁴

Eine neue Art des Terrors, die bislang vor allem aus Mosul berichtet wird, sind *Hauskontrollen* islamistischer Gruppen. Widerstand gibt es keinen, zumal es faktisch in Mosul keine funktionierende Staatsgewalt gibt: Die Mehrheit der neu rekrutierten Polizisten, etwa drei Viertel, kommt nicht zum Dienst, andere sympathisieren oder kollaborieren selbst mit islamistischen Gruppen, der Rest hat Angst und ist deshalb inaktiv. Bei den Hauskontrollen, die eher den Charakter von Hausdurchsuchungen haben, werden Nachbarn über ihre Nachbarn ausgehorcht. Es wird nach der religiösen Zugehörigkeit, der beruflichen Tätigkeit, der Religionsausübung, dem Verhalten bzw. der Kleidung der weiblichen Familienmitglieder sowie nach besonderen Gewohnheiten (Alkoholkonsum etc.) gefragt. Der Fragenkanon richtet sich ganz eindeutig gegen »unislamisches« Verhalten, hat insbesondere auch Nicht-Muslime (Christen, Jeziden) im Fokus.¹⁵

Aus den oben beschriebenen Fällen ergibt sich, wie bereits Ende 2004, dass für Jeziden, die im Großraum Mosul oder Bagdad leben, arbeiten oder sich dort aus anderen Gründen aufhalten müssen, eine ernsthafte Gefahr besteht, an Leib und Leben verletzt zu werden, wenn sie dem folgenden Personenkreis angehören:

- jezidische Intellektuelle, die allein durch ihren öffentlich sichtbaren Erfolg/Einfluss bestimmte islamistische Kreise provozieren (d. h. Hochschullehrer, Journalisten, Ärzte, Politiker, Parteifunktionäre);
- jezidische Würdenträger;
- Jeziden, die regelmäßig jezidische Einrichtungen besuchen, dort arbeiten oder Funktionsträger sind;

¹⁴ Einige konkrete Fälle finden sich in unserem Gutachten für das Verwaltungsgericht Regensburg. Aktenzeichen RN 8 K 04.30252, vom 2. November 2004.

¹⁵ Gespräch von Irene Dulz mit Thamir Chechika Josef. Vertreter der Assyrischen Demokratischen Bewegung in Al-Kosch, Al-Kosch, 18. Dezember 2004.

- Jeziden, die im Alkoholgeschäft, im Gaststätten- und Hotelgewerbe oder in der Vergnügungsindustrie tätig sind;
- Jezidinnen, die in Schönheits- oder Frisiersalons arbeiten;
- Jeziden, die in Berufen arbeiten, die sie in häufigen Kontakt mit der muslimischen Bevölkerung bringt (Polizisten, Taxifahrer);
- Jezidische Frauen, die unverschleiert in die Öffentlichkeit gehen – so also, wie es für Jeziden üblich ist;
- Jeziden, die aufgrund anderer äußerer Merkmale als Jeziden auffallen, z. B. weil sie bestimmte, typische Kleidungsstücke/Haartrachten tragen (wie die Jeziden aus dem Sindjar).

Auch in anderen Gebieten, die nicht unter kurdischer Kontrolle stehen – insbesondere im so genannten sunnitischen Dreieck bei Tikrit/Falludja/Ramadi, dass von fundamentalistischen Sunniten und ehemaligen Baathisten beherrscht wird, aber auch in Städten wie Tal Afar, Rabia, Baaj und Al-Kosch (bei Mosul) – ist die Gefahr, Opfer eines Jeziden-feindlichen Anschlags zu werden, für Jeziden, die als solche erkennbar sind bzw. für den oben genannten Personenkreis hoch. Allerdings leben in diesen Gebieten, mit Ausnahme von Al-Kosch, ebenso wie im schiitischen Süden, ohnehin kaum Jeziden. Bis etwa Ende 2003 gab es in vielen Städten im Zentral- und Südirak – in Babylon, al-Hilla, Basra, Nasiriya, Falludja etc. – so genannte *garzinos*, d. h. Kneipen, die traditionell in jezidischer bzw. christlicher Hand sind. Die meisten Geschäfte in diesem Gebiet wurden inzwischen aus Sicherheitsgründen aufgegeben, da die Region zunehmend unter fundamentalistischer sunnitischer bzw. schiitischer Kontrolle steht – in Basra etwa versuchen schiitische Fundamentalisten aktuell, das Hören jedweder Musik zu unterbinden, da dies als »unislamisch« gilt.

Sindjar

Die Situation im Jabel Sindjar, einer bergigen Region, deren Hauptstadt Sindjar nur wenige Kilometer westlich der syrischen Grenze, auf halber Höhe zwischen den weiter östlich gelegenen Städten Dohuk und Mosul liegt, und die überwiegend von Jeziden bewohnt wird,

bedarf besonderer Erwähnung. Hier hat sich die Situation seit dem letzten Jahr deutlich verschlechtert. Konnte der Sindjar vor einem Jahr noch als relativ sicher gelten – was vor allem auch darauf zurückzuführen war, dass gerade in den Zentraldörfern ausschließlich Jeziden leben, was die Gefahr von Anschlägen senkt – so ist aktuell zu konstatieren, dass sich die Situation inzwischen deutlich verschärft hat.

Nach Einschätzung unserer Informantin vor Ort¹⁶ befindet sich Sindjar am Rande eines Bürgerkriegs: Hierzu trägt vor allem die geostrategische Lage des Sindjars bei: Es handelt sich um ein überwiegend kurdisches Siedlungsgebiet, das abgeschnitten ist von sämtlichen anderen kurdischen Gebieten. Zudem ist es umgeben von arabischen Gebieten, in denen die so genannten »Aufständischen«, d. h. Radikale sunnitisch-islamistischer und baathistischer Provenienz, über erheblichen Einfluss verfügen – im Norden des Gebiets liegt Rabia, im Osten befinden sich Tall Afar und Mosul, im Süden liegt Baaj und im Westen die syrische Grenze. In der Wahrnehmung von Islamisten und Baathisten sind die Jeziden vom »richtigen Weg abgekommene Muslime«, also letztlich Ungläubige, die in der islamistischen Propaganda ebenso bekämpft werden wie die »Kreuzritter« (Christen) und Juden – insofern stellt der Sindjar als Gesamtgebiet ein geeignetes Angriffs- bzw. Terrorziel insbesondere islamistischer Gruppen dar. Nach Anbruch der Dunkelheit befindet sich ein Großteil des Sindjar – insbesondere das Gebiet nahe der syrischen Grenze, unter Kontrolle dieser »Aufständischen«, die Bevölkerung begibt sich nicht mehr aus dem Haus aus Angst vor Übergriffen. Die Anwesenheit islamistischer und baathistischer Terroristen spiegelt sich zudem vermehrt in Selbstmordattentaten wieder – so hat sich im September 2005 am Checkpoint von Sindjar-Stadt ein Selbstmordattentäter in die Luft gesprengt, mindestens fünf Zivilisten getötet und weitere verletzt.¹⁷ Einen ähnlichen Selbstmordanschlag hatte es bereits circa vier Monate zuvor an einem Checkpoint der ING (Iraqi National Guards) direkt vor Sindjar-Stadt gegeben.¹⁸ Als Sicherheitsvorkehrung wurde das Bürger(meister)amt zusätzlich militärisch gesichert, die Zahl der Wachposten erhöht, ein Heranfahren mit dem Auto an das

¹⁶ Irene Dulz hielt sich am 23./24. Juli im Sindjar auf und führte dort mehrere Interviews.

¹⁷ Telefoninterview von Irene Dulz mit der jezidischen Akademikerin Sozan Schamsany, 23. September 2005, zu dieser Zeit im Sindjar.

Bürgermeisteramt ist nicht mehr möglich.¹⁹ Auch die Büros von KDP und PUK in Sindjar-Stadt gleichen eher militärischen Festungen als zivilen Einrichtungen. Sollte sich die Situation weiter verschärfen – was aktuell unter anderem aufgrund des Wahlausgangs zum Referendum zu befürchten steht (siehe hierzu weiter unten) – ist damit zu rechnen, dass im Sindjar Bürgerwehren entstehen – in einigen Orten mit hoher christlicher Bevölkerung wie beispielsweise Al Kosch gibt es derartige Gruppen bereits. Die Einrichtung privater Bürgerwehren wird freilich die Situation letztlich nur weiter zuspitzen und die Bürgerkriegsgefahr weiter erhöhen.

In Reaktion auf die zunehmende Macht der »Aufständischen« ist die Militärpräsenz im Sindjar (Iraqi National Guards – ING – und amerikanisches Militär) hoch, gerade in den letzten drei bis vier Monaten wurden zahlreiche zusätzliche Checkpoints eingerichtet – von den ING vor allem an strategisch wichtigen Straßenkreuzungen und an den Eingängen zu den größeren Städten (Sindjar, Zanun). Zudem hat das amerikanische Militär in den Bergen des Sindjar mehrere Militärstationen eingerichtet, von denen aus Flüge zur Sicherung der syrisch-irakischen Grenze bei Rabia geflogen werden, um so die schwer kontrollierbare Grenze vor Infiltration durch Terroristen zu sichern. Täglich fliegen amerikanische Kampfflugzeuge in geringer Höhe über Wohnorte/jezidische Zentraldörfer, um an die syrisch-irakische Grenze zu gelangen. Neben terroristischen Anschlägen stellt das amerikanische Militär die zweite große Gefahr für die lokale Bevölkerung dar: Berichte über zivile Opfer durch Vorfälle an amerikanischen Checkpoints bzw. im Rahmen von Gefechten sind häufig, gelangen auch regelmäßig in die irakischen Medien. Es ist Alltag, dass sobald ein amerikanischer Konvoi gesichtet wird, sämtliche Fahrzeuge sofort abseits der Strasse halten, bis der Konvoi außer Sichtweite ist. Sämtliche Fahrzeuginsassen werden von den vorbeifahrenden Panzern ins Visier genommen. Die Sicherheitslage im Sindjar ist hinsichtlich der Gefahren durch amerikanisches Militär zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch als deutlich angespannter zu bezeichnen als diejenige in Mosul oder Bagdad.

¹⁸ Interview von Irene Dulz mit dem Bürgermeister der Stadt Sindjar, Dakhil Khassim Hassun, am 23. Juli 2005.

¹⁹ Die Anschläge auf den Bürgermeister von Sindjar wurden bereits weiter oben erwähnt.

Problematisch ist zudem, dass viele im Sindjar lebende Jeziden aus ökonomischen Gründen gezwungen sind, regelmäßig in eine der größeren Städte der Umgebung, d. h. nach Mosul oder Dohuk zu pendeln.²⁰ »Pendeln« bedeutet dabei in aller Regel, dass sich die Familienväter teils wochenlang in den Städten aufhalten müssen, da der tägliche Weg etwa von Sindjar nach Dohuk selbst für Angehörige des Mittelstandes nicht zu bezahlen wäre. Benzin ist teuer, ein funktionierendes öffentliches Verkehrsnetz existiert nicht. Im Sindjar selbst ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch, in den Zentraldörfern gibt es keinerlei Verdienstmöglichkeiten – sieht man von einigen wenigen Funktionärsposten insbesondere bei der KDP einmal ab – hierauf wird weiter unten noch zurückzukommen sein. Die Infrastruktur der jezidischen Zentraldörfer, vor allem im Sindjar, aber auch in Teilen des Scheikhan-Gebiets (z. B. in Mahad), ist unzureichend und maximal als schwach zu bezeichnen.²¹ Die Straßen der Zentraldörfer und teils auch die Zubringerstraßen im ehemals zentralirakischen Gebiet sind nicht asphaltiert – entweder sind sie es nie gewesen, oder aber der Asphalt hat sich mit den Jahren aufgelöst. In den Sammeldörfern gibt es zudem entweder gar keine oder nur eine oberirdische Kanalisation (letzteres vor allem in den Dörfern auf kurdisch kontrolliertem Gebiet). Das größte Problem stellt jedoch die fehlende bzw. mangelhafte Versorgung mit Wasser dar. Fließendes Wasser ist in den nördlichen Zentraldörfern eine Seltenheit, im Sindjar mangelt es zudem an Brunnen, so dass der tägliche Wasserbedarf teils in Wassertanks angeliefert werden muss. Oft ergeben sich Probleme, weil die häufig undichten oder brüchigen Schläuche, durch die das Wasser von den Tanks zu den einzelnen Häusern geleitet wird, durch die offene Kanalisation führen und sich Abwasser und Trinkwasser vermischen. Landwirtschaft kann aufgrund des Wassermangels kaum betrieben werden. Aufgrund der Trockenheit, der schlechten Wasserversorgung und der ebenfalls schlechten Bodenverhältnisse ist es den in der Regel großen Familien somit kaum möglich, ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft zu verdienen. Innerhalb des letzten Jahres hat es

²⁰ Andere Jeziden verlassen ihre Familien, um Arbeit in Arbil, Suleymaniya oder sogar Bagdad zu finden, da der Arbeitsmarkt in Dohuk (und Mosul) nicht groß genug ist, um sämtlichen Jeziden aus dem Sindjar bzw. dem Scheichan-Gebiet Arbeit zu geben.

²¹ Dies gilt, wenn auch in geringerem Umfang, auch für die Zentraldörfer in den seit 1991 kurdisch kontrollierten Gebieten – mit Ausnahme des relativ gut ausgebauten Khanek.

hier keinen nennenswerten Entwicklungsschub gegeben, die Infrastruktur der Zentraldörfer hat sich nicht verbessert, hinzugekommen ist höchstens der eine oder andere von der KDP gespendete Hochzeitssaal.²² Ein weiterer Grund, eine der großen Städte außerhalb des Sinjars aufsuchen zu müssen, liegt darin, dass die Krankenversorgung, insbesondere in den Zentraldörfern, in der Regel nicht gewährleistet ist. Sofern die Bevölkerung des Sinjar zu Arztbesuchen/Arbeitszwecken in die Stadt Mosul fahren muss, sind mit diesen Fahrten erhebliche Gefahren verbunden (siehe oben).

In Scheichan, dem zweiten großen, jezidischen Siedlungsgebiet, ist die Sicherheitslage besser als im Sinjar, allerdings bei weitem nicht unbedenklich. Auch hier kommt es nach Einschätzung der Peschmerga bzw. des kurdischen Geheimdienstes zunehmend zur Infiltration so genannter »Aufständischer« aus Mosul, an den Checkpoints wurden mehrfach Selbstmordattentäter gestellt.²³

2 Des weiteren ist Beweis zu erheben zu der Frage, ob es regionale Unterschiede hinsichtlich solcher Maßnahmen gibt. Dabei ist auch auf die Frage einzugehen, ob es Regionen gibt, wo Jeziden unbehelligt leben können und welche Nachteile es für einen Jeziden mit sich brächte, wenn er aus einem anderen Landesteil dahin umziehen würde.

Der erste Aspekt – die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Verfolgung von Jeziden – wurde bereits unter Punkt 1 angesprochen. Hier soll zunächst die Situation im kurdisch verwalteten Nordirak näher beschrieben werden, da diese Region die einzige ist, die Jeziden derzeit weitgehende Sicherheit vor politischer, insbesondere islamistisch motivierter Verfolgung bietet. In diesem Zusammenhang wird auch nach der generellen politischen Strategie bzw. der »Jezidenpolitik« insbesondere der KDP, die diejenigen Gebiete des Nordirak kontrolliert, in denen Jeziden hauptsächlich leben, zu fragen sein. In einem zweiten Schritt wird darauf einzugehen sein, inwiefern ortsfremder Jeziden – insbesondere solche aus dem westlichen Ausland – die Möglichkeit haben, in den Nordirak überzusiedeln bzw. welche Schwierigkeiten mit einer derartigen Übersiedlung verbunden sind.

²² Information von Irene Dulz, 26. Oktober 2005.

²³ Information von Irene Dulz, 9. Oktober 2005.

Zum ersten Punkt: Die Situation der jezidischen Bevölkerung in den kurdisch verwalteten Gebieten (Dohuk, Arbil, Suleimaniya) ist deutlich besser als im Rest des Irak. Die Gefahr, hier Opfer eines gewalttätigen, jezidenfeindlichen Angriffs zu werden, ist eher gering, eine systematische Verfolgung durch die kurdische Regionalregierung²⁴ ist definitiv auszuschließen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass es gegenüber der jezidischen Bevölkerung nicht zu alltäglichen Diskriminierungen von Seiten der muslimischen Mehrheit käme. So wird beispielsweise immer wieder berichtet, dass Jeziden ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht verkaufen können bzw. die Preise erheblich senken müssen, weil ein Teil der Muslime es ablehnt, bei »Ungläubigen« zu kaufen.²⁵ Darüber hinaus ist auch in den drei kurdisch verwalteten Provinzen eine zunehmende Islamisierung des Alltags zu bemerken, die sich negativ auf die Situation der jezidischen Bevölkerung auswirkt – hierauf haben wir bereits in früheren Gutachten hingewiesen. Diese Islamisierung wird vor allem im Ramadan offensichtlich: Wie bereits letztes Jahr in Suleymaniya, so ist es diese Jahr etwa Arbil und Dohuk üblich, Personen festzunehmen, die während der allgemeinen Fastenzeit auf der Straße rauchen, trinken oder essen. Das öffentliche Rauchen ist in Arbil und Dohuk qua Gesetz verboten worden. Die wenigen Restaurants, die überhaupt vor Sonnenuntergang geöffnet haben, sind gezwungen, ihre Schaufenster zu verhängen, so dass niemand das Lokal von außen einsehen kann.²⁶ In Suleymaniya hingegen ist, zumindest bezüglich des Räuchens auf der Straße, eine leichte Entspannung zu konstatieren ist.²⁷ Andererseits ist den kurdischen Parteien die Gefahr eines radikalen Islam durchaus bewusst: So soll unbestätigten Berichten aus KDP-Kreisen zufolge der Handlungsspielraum der Moscheen im KDP-Gebiet insofern eingeschränkt worden sein, als diese nur noch zum Gebet geöffnet haben dürfen; hierdurch

²⁴ Wir sprechen hier von der kurdischen Regionalregierung – dies ist insofern legitim, als es mit Masud Barzani seit Frühsommer 2005 einen Präsident der kurdisch verwalteten Region gibt, wenngleich zahlreiche Ministerien noch immer nicht zusammengelegt worden sind und die zweigeteilte Verwaltung der Region faktisch fortbesteht. Siehe hierzu auch unser Gutachten an das VG Magdeburg, Aktenzeichen 4 A 416/04 MD, vom 12. Mai 2005.

²⁵ Telefonat der Gutachter mit D. Hasso, 4. Juli 2004. Vgl. auch Dulz 2001: 93–94; Spät 2005: 26.

²⁶ Information von Alexander Sternberg, Sekretär des Europavertreters der KDP, Dilschad Barzani, 19. Oktober 2005.

²⁷ Mitteilung einer Informantin aus Suleymaniya, 19. Oktober 2005.

soll die Möglichkeit eingeschränkt werden, sie als Ort primär politischer Debatten zu nutzen. Diese Maßnahme erfolgte nach der Festnahme eines Scheichs in Arbil, dem nicht nur Kontakte zu al-Kaida, sondern zudem der Missbrauch minderjähriger Jungen vorgeworfen wird, einen Missbrauch, den er religiös gerechtfertigt haben soll. Mehrere seiner Anhänger hatten führende Positionen innerhalb der KDP bzw. der kurdischen Regionalregierung inne. Ob derartige Maßnahmen tatsächlich zu einer Eindämmung radikaler Strömungen des Islam führen oder diese lediglich in den Untergrund treiben, wo ihre Überwachung sehr viel schwieriger ist, bleibt abzuwarten. An dieser Stelle geht es darum, dass die Haltung der kurdischen Regionalregierung zum Islam durchaus zwiespältig ist, unterschiedliche Signale ausgesandt werden.

In Bezug auf die Situation der Jeziden als nicht-muslimische Minderheit ist explizit darauf hinzuweisen, dass die beiden großen kurdischen Parteien KDP und PUK – insbesondere die KDP, auf deren Gebiet die Mehrheit der in den kurdischen Provinzen ansässigen Jeziden lebt – diese bereits seit den 1990er Jahre als wichtige politische Zielgruppe begreifen. Dies hängt damit zusammen, dass die überwiegende Mehrheit der Jeziden im Irak, der Türkei, Syrien und der Diaspora sich als kurdisch definiert, nur eine Minderheit bezeichnet sich als Araber. Indem Protagonisten der kurdischen Nationalbewegung das Jezidentum als die eigentliche und ursprüngliche Religion aller Kurden bezeichnen, schaffen sie den Mythos einer vorislamischen, alle Kurden miteinander verbindenden und von anderen Nationen des Nahen Ostens abgrenzenden Religion. Dabei geht es explizit nicht darum, dass muslimische Kurden zum Jezidentum konvertieren sollen – die Konversion eines Moslems stellt ein erhebliches Tabu dar, außerdem gestattet das Jezidentum keine Bekehrung, man kann nur als Jezide geboren werden. Ziel der Betonung des kurdischen Charakters des Jezidentums ist vielmehr die Stärkung kurdischer, kultureller Identität.²⁸ Umgekehrt hat die spezifische Wertschätzung der Jeziden durch KDP und PUK die Jeziden stärker »kurdisiert«, sie für den kurdischen Nationalismus empfänglicher gemacht. Die kulturelle und religiöse Anerkennung der Jeziden im Irak ist somit eng verbunden mit (partei)politischer Instrumentalisierung.

²⁸ Zu diesen Zusammenhängen siehe auch Dulz 2002: 103–106.

Dementsprechend verfolgt die Partei eine doppelte Strategie: Einerseits versuchen die KDP-nahen Medien, die kurdisch-muslimische Mehrheit derart zu beeinflussen, dass sie die Jeziden als ihre »kurdischen Brüder« begreifen und betonen, dass es sich bei den Jeziden um Kurden handelt. Andererseits unternimmt die KDP erhebliche Anstrengungen bzw. investiert erhebliche Summen, um die jezidische Bevölkerung an sich zu binden. Dies schlägt sich – positiv formuliert – in der Gewährung kultureller Rechte bzw. der Förderung kultureller Aktivitäten nieder. Sofern etwa im von der KDP regierten Gebiet mindestens zwanzig jezidische Kinder eine Schule besuchen, werden von Seite der Regionalregierung zwei Wochenstunden jezidischer Religionsunterricht angeboten. Die Regionalregierung hat auch den Druck der entsprechenden jezidischen Schulbücher übernommen.²⁹

Hinzu kommt die Finanzierung des bereits 1992 gegründeten jezidischen Lalisch-Kulturzentrums und seiner mittlerweile zahlreichen Zweigstellen. Zwischen August und Oktober 2004 wurden mehrere Dependancen des jezidischen Kulturzentrums im Scheichan und Sindjar eröffnet: die Zweigstelle Baschik und Bahzani (das Gebäude befindet sich im Zentrum von Baschik), die Zweigstelle Sindjar, die Zweigstelle Scheichan (das Gebäude befindet sich im Zentrum von Ain Sifni), die Zweigstelle Khatarä und die Zweigstelle Zanun. Zwischen August und Oktober 2005 wurden weitere Gemeindezentren eröffnet, und zwar in Bahzan, Khanek, Scharya, und Baadhri. Hinzu kam kürzlich ein Büro in Mosul – das freilich aufgrund der dortigen Sicherheitslage eher einer militärischen Festung denn einem Gemeindezentrum gleicht. Geplant sind weitere Zentren in Tall Azer, Tall Banat, Khana Sor und Borik – sämtliche Orte sind im Sindjar gelegen. Die Zweigstellen werden von der Lalisch-Zentrale in Dohuk aus geleitet, alle Strukturen werden von der KDP finanziert, es gibt mehrere Angestellte pro Gemeindezentrum. Viele der Gemeindezentren und die Zentrale haben Zeitschriften, die mehr oder weniger regelmäßig erscheinen und kostenlos an

²⁹ Interview der Gutachter mit Xêyri Bozani, Vorsitzender des Lalisch-Zentrums, am 27.07.2002 in Dohuk. Zum Zeitpunkt des Interviews lagen die Schulbücher für die Klassen 1–6 bereits vor, die Schulbücher für die Klassen 7–12 waren in Arbeit.

Mitglieder³⁰ und Interessierte verteilt werden. Der Zentrale steht derzeit Pir Khidir vor, ein Deutschlandrückkehrer, der im vergangenen Jahr Kheri Bozani abgelöst hat, der nun KDP-Funktionär in Ain Sifni (Scheichan) ist. Pir Khidir selbst ist KDP-Funktionär in Arbil. Die KDP ist somit – über die Finanzierung der genannten Gemeindezentren sowie die Finanzierung von KDP-Funktionären – zu einem ernstzunehmenden wirtschaftlichen Faktor im Sindjar geworden, eine Rolle, die sich mit der Gründung weiterer jezidischer Zentren noch verstärken wird. Trotz der mit ihnen verbundenen erheblichen Gefahren sind die KDP-finanzierten Jobs sehr begehrt – der Sindjar bietet, wie weiter oben dargelegt, kaum Arbeitsplätze, ist eine arme, schlecht entwickelte Region. Die Tatsache, dass die KDP im Sindjar – und, wenn auch in geringerem Umfang, im Scheichan – als einziger potentieller Geldgeber agiert, führt zu einer erheblichen Abhängigkeit von dieser Partei, bzw. zu einem nicht zu unterschätzenden Opportunismus – ein Prozess, der freilich nicht neu ist für die Region bzw. lediglich im Sindjar und Scheichan eine Entwicklung nachholt, die in den Provinzen Arbil und Dohuk bzw. im Zusammenhang mit der PUK in Suleymaniya längst vollzogen wurde. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass sich die Mehrheit der politisch aktiven Jeziden im kurdisch verwalteten Norden entweder in der KDP oder in der PUK engagiert – wobei erstere aufgrund der Tatsache, dass die meisten Jeziden in ihrem Einflussbereich leben bzw. aufgrund ihrer bereits beschriebenen, erheblichen Aktivitäten zur Einbindung der jezidischen Bevölkerung die deutlich größere jezidische Klientel haben dürfte. Es gibt bislang keine Bestrebungen der kurdischsprachigen Jeziden, eine eigene jezidische Partei zu gründen. Allerdings wurde einige Monate nach dem Regimesturz in Mosul eine jezidische Partei namens *Harakat Islahee Ezdiya/Mosul* (Jezidische Reform-Bewegung/Mosul) gegründet. Gesamtpolitisch hat die *Harakat Islahee Ezdiya* keinen Einfluss, auch nicht lokal in Mosul; in den Medien ist die Partei nicht präsent. Zu den Wahlen im Januar 2005 trat sie zwar an, konnte aber keine große Wählerklientel binden. Das Thema, jezidische Parteien zu gründen und sich nicht innerhalb der großen kurdischen Parteien KDP und PUK zu engagieren, wird von kurdischsprachigen Jeziden als durchaus heikel

³⁰ Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt aktuell um die 4 000, davon 200–300 Frauen. Mitglieder müssen mindestens die Mittelschule abgeschlossen haben.

eingeschätzt. Diejenigen Personen, die sich zu diesem Thema äußerten, wollten aus Sicherheitsgründen nicht namentlich genannt werden. Im Jahr 2004 kursierten Gerüchte, dass die vorwiegend arabischsprachigen Jeziden, die in Mosul, Baschik, Bahzani und im Sindjar leben, Bestrebungen verfolgten, eine jezidische Partei in Konkurrenz zur KDP zu gründen.³¹ Innerhalb des letzten Jahres scheinen hier jedoch keine Fortschritte erzielt worden zu sein – möglicherweise auch aufgrund des massiven Engagements der KDP in diesen Gebieten.

Abzuwarten bleibt bei alldem, inwiefern insbesondere die jezidische Bevölkerung im Sindjar den Schritt hin zu einer Selbstbeschreibung als kurdisch gehen wird. Bislang, und insofern unterscheiden sich die Jeziden im Sindjar maßgeblich von denen in der Provinz Dohuk (bzw. generell im kurdischen Norden) und im Scheichan, definieren sie sich entweder als arabisch oder aber religiös, d. h. als Jeziden.³² Die Diskussion um die ethnische Zugehörigkeit der Jeziden ist dabei nicht neu – Scheich Adi, der als Gründer« bzw. »Reformer« der jezidischen Religion verehrt wird und aus der Bekaa-Ebene im Libanon stammte, bezeichnete sich selbst nicht als Kurde und wird von vielen Jeziden als Araber betrachtet. Dies gilt auch für die Klasse der jezidischen Scheichs, insofern sie von Scheich Adi abstammen. Hinzu kommt, dass das Sindjar-Gebiet umgeben ist von arabischen Siedlungsgebieten – dies trug mit dazu bei, dass Saddam Hussein dort eine erfolgreiche Arabisierungspolitik betreiben konnte. Aktuell ist es so, dass die Mehrheit der Jeziden im Sindjar sehr gut Arabisch spricht, während Kurdisch eher den Status einer Familiensprache hat. Es werden zahlreiche arabische Lehnworte – anstelle kurdischer Begriffe – benutzt, der Schriftverkehr scheint eher auf Arabisch denn auf Kurdisch geführt zu werden. Offizielle Unterrichtssprache in den Schulen ist nach wie vor – wie zur Zeit der Baathherrschaft – Arabisch. Die KDP bzw. die kurdische Regionalregierung versucht hier entgegen zu wirken, das Direktorat für Erziehung von Dohuk organisiert etwa mehrwöchige Lehrerfortbildungen für alle Lehrer im Sindjar, in denen Wissen zu kurdischer Sprache, Grammatik und Schrift vermittelt wird. Erziehungsangelegenheiten werden somit schon heute von Dohuk aus geregelt, zusätzlich eingestellte Lehrer von Dohuk aus bezahlt. Dies ist insofern bemerkenswert, als der Sindjar

³¹ Gespräch von Irene Dulz mit verschiedenen jezidischen Partnern, 25.9.04.

³² Siehe hierzu etwa auch Spät 2005: 85.

offiziell der Mosuler Verwaltung untersteht – sämtliche anderen Bereiche (Gesundheit, Inneres, Wasser und Sanitär etc.) werden von dort geregelt.

Kann man der KDP vorwerfen, die Jeziden in Abhängigkeit zu bringen um sie als Wählerklientel zu gewinnen – anstatt etwa viel stärker in die landwirtschaftliche Entwicklung des Sindjar zu investieren und ihm so ein Stück Unabhängigkeit zu verschaffen – so ist auf jezidischer Seite zu konstatieren, dass Ethnizität immer wieder als Instrument eingesetzt wird. So versuchen jezidische Führungspersönlichkeiten von Zeit zu Zeit, gegenüber der kurdischen Regionalregierung bestimmte Positionen durchzusetzen, indem sie damit »drohen«, bei Nichterfüllung könnten sich die Jeziden auch als Araber definieren. Dieses Druckmittel ist freilich mittlerweile insofern stumpf, als die Jeziden von arabisch-sunnitischer bzw. arabisch-schiitischer Seite kaum Positives zu erwarten haben – dies zeigte sich nicht zuletzt in der weiter unten beschriebenen Debatte zur Aufnahme der Jeziden in die irakische Verfassung.³³

Ob die KDP die kurdische Bevölkerung des Sindjar erfolgreich in die »kurdische Nation« wird integrieren können, wird maßgeblich davon abhängen, ob sie mittelfristig den Sindjar verwalten wird, d. h. ob der Sindjar zukünftig in die kurdische Provinz Dohuk eingemeindet werden wird – was gewisse geographische Schwierigkeiten mit sich bringen würde – oder aber bei der mehrheitlich arabischen Provinz Niniveh bleibt. Zu dem Referendum, das Anfang 2005 im Scheichan und im Sindjar zu dieser Frage durchgeführt werden sollte,³⁴ ist es bislang nicht gekommen, insofern ist die Situation noch vollkommen offen.

³³ Dieses instrumentelle Verhältnis zeigt sich durchaus auch bei der jezidischen Bevölkerung. So berichtet Spät 2005: 86 über einen Taxifahrer aus Baschik, der auf die Frage, ob es sich bei den Jeziden um Kurden handele, erklärte, dass sie jetzt Kurden seien. Früher sei es nicht gut gewesen, ein Kurde zu sein, heute hingegen sei es besser, einer zu sein. Andererseits haben auch die Jeziden im kurdisch verwalteten Norden die Verfolgung durch ihre muslimischen Nachbarn nicht vergessen: So bezeichnen sie sich zwar auf Nachfrage klar als Kurden – wenn es aber um die frühere Verfolgung der Jeziden geht, wird der Begriff Kurde immer wieder auch synonym mit dem für Moslem verwendet. Siehe ebd.

³⁴ Information von Irene Dulz, 22.10.2004, die ein Gespräch mit dem jezidischen Würdenträger Pir Khidir führte.

Zum zweiten Punkt: Die Möglichkeit für Jeziden aus Mosul, Bagdad, Scheichan oder Sindjar, in Dohuk, Arbil oder Suleymaniya Schutz zu finden ist begrenzt. Dies liegt vor allem in der Schwierigkeit begründet, dort ein ökonomisches Auskommen zu finden. Zwar hat sich die Situation für Personen, die über eine Anstellung in der Verwaltung bzw. dem öffentlichen Dienst verfügen, im Vergleich zur Vorkriegssituation verbessert, da die Löhne auf gesamtirakisches Niveau angehoben wurden.³⁵ Allerdings sind solche Stellen im Norden nur aufgrund guter Kontakte zu den kurdischen Parteien KDP respektive PUK bzw. tragfähiger verwandtschaftlicher Kontakte zu erhalten.³⁶ Ein Stammesführer mit entsprechender Gefolgschaft – die als Wählerpotenzial interessant ist – kann mit Unterstützung für seinen Sohn o. ä. rechnen, nicht aber ein durchschnittlicher Jezide ohne gute persönliche Kontakte. Die Tatsache, dass nur zehn Prozent der jezidischen Gesamtbevölkerung in den drei kurdischen Provinzen leben macht zudem deutlich, dass nur eine Minderheit der Jeziden aus dem Zentralirak dort über familiäre Kontakte verfügen dürfte. Hinzu kommt, dass familiäre Kontakte allein zur Sicherheit des Existenzminimums nicht ausreichen, die Familie muss auch Willens und in der Lage sein, eine Person zu unterstützen, es kann hier nicht von einem Automatismus ausgegangen werden. Für Personen ohne derartige Kontakte, eine sehr gute Ausbildung oder Vermögen besteht in der Regel nur die Möglichkeit, als Tagelöhner zu arbeiten, etwa auf dem Bau oder als Lastenträger, oder Arbeit in einem jezidischen Restaurant, einer jezidischen Kneipe zu suchen. Es liegt auf der Hand, dass der Bedarf an derartigen Arbeitskräften begrenzt ist. Der Markt für ungelernte Arbeitskräfte ist seit dem Krieg deutlich enger geworden: Sowohl aufgrund des Imports »billiger« ausländischer Arbeitskräfte, als auch aufgrund der Flucht zahlreicher Menschen aus dem Zentralirak in die kurdisch verwalteten Gebiete – insbesondere in die Provinz Dohuk sind zahlreiche Christen

³⁵ Der Durchschnittslohn von Polizisten beträgt aktuell (in allen Landesteilen) zwischen 80 und 180 US\$ monatlich. Lehrer verdienen ebenfalls bis 180 US\$, Professoren bis höchstens 300–400 US\$. (Schriftwechsel der Gutachter mit C. Reuter, Korrespondent eines deutschen Nachrichtenmagazins, im März 2004. Der Genannte hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Bagdad auf.) Zum Vergleich: Vor dem Krieg erhielt ein einfacher Polizist im Norden zwischen 25 und 30 US\$.

³⁶ Im Zentralirak hingegen ist es vergleichsweise einfacher, einen Arbeitsplatz bei der Polizei zu bekommen – aufgrund des extrem hohen Gefahrenpotenzials sind derartige Stellen allerdings wenig beliebt.

aus dem Zentralirak geflohen, was sich u. a. in einer Verdoppelung der in der Diezöse Zakho registrierten Chaldäer seit dem Jahr 2000 niederschlägt.³⁷ Hinzu kommen kurdische Flüchtlinge aus Bagdad, Mosul und dem Südirak sowie bereits heute zahlreiche Pendler aus dem Sindjar und dem Scheichan. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass die Mieten in den Städten im Vergleich zur Vorkriegszeit deutlich gestiegen sind. Eine Fluchtwelle der Jeziden aus dem Scheichan oder Sindjar in die von der kurdischen Regionalregierung kontrollierten Gebiete ist somit unter anderem auch deshalb nicht zu beobachten, weil die oft großen Familien – trotz der finanziellen Hilfen der Regionalregierung für Flüchtlinge aus dem Zentralirak³⁸ – das Leben in den großen Städten schlicht nicht finanzieren könnten.

Hinsichtlich des Klägers kommt hinzu, dass Rückkehrer aus Deutschland von der kurdischen Regionalregierung keinerlei finanzielle Unterstützung zu erwarten haben. Dies wird sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern: Die kurdische Regionalregierung vertritt die Position, dass angesichts der großen Anzahl intern Vertriebener, die bereits heute in den kurdisch verwalteten Regionen lebt,³⁹ die Rückkehr von Flüchtlingen aus dem Ausland nur dann zu bewältigen ist, wenn die europäischen Aufnahmeländer weitreichende und mit der Regionalregierung koordinierte wirtschaftliche Wiedereingliederungsprogramme auflegen.

Für arabischsprachige Jeziden kommt die Schwierigkeit hinzu, dass in den kurdischen Gebieten Kurdisch Verwaltungs- und Umgangssprache ist und sie deshalb erhebliche Schwierigkeiten haben werden, sich erfolgreich ökonomisch zu integrieren – ganz davon

³⁷ Vgl. hierzu unser Gutachten an das Verwaltungsgericht Ansbach, Aktenzeichen AN 9 K 04.30920, vom 4. Oktober 2005.

³⁸ Flüchtlinge aus dem Zentralirak erhalten auf Antrag eine monatliche Unterstützung, die um 100 US Dollar liegen soll. Der exakte Betrag konnte bislang von uns nicht ermittelt werden, ebenso wenig, ob jede geflüchtete Person diese Summe erhält, oder nur der jeweilige Haushaltsvorstand – es ist von letzterem auszugehen.

³⁹ Hierzu gehören neben Personen, die seit dem Golfkrieg 2003 geflohen sind, zahlreiche intern Vertriebene, die bereits vor dem Dritten Golfkrieg 2005 in den kurdischen Gebieten lebten. Zu ihnen gehören etwa aus Kirkuk und Umgebung Vertriebene, die bislang nicht an ihre Herkunftsorte zurückkehren konnten – etwa weil die Besitzverhältnisse der früher von ihnen bewohnten Häuser/Grundstücke noch ungeklärt sind oder weil sie nicht aus Eigentum, sondern aus gemieteten Häusern deportiert wurden, mithin kein Ort existiert, an den sie zurückkehren könnten.

abgesehen, dass die »echten« Kurden aus den kurdisch verwalteten Provinzen – Jeziden wie Muslime – ihre arabisierten Brüder aus dem rückständigen Sindjar mit nicht unerheblicher Geringschätzung betrachten bzw. deren ethnische Selbstdefinition aus politischen Gründen ablehnen.

3 Schließlich ist Beweis zu erheben zu der Frage, welchen Schutz der (jetzige) irakische Staat den Jeziden tatsächlich gewährt bzw. gewähren kann.

Hinsichtlich des Schutzes, den der jetzige irakische Staat den Jeziden gewährt, ist zunächst darauf hinzuweisen, dass die Jeziden in der irakischen Verfassung, die am 15. Oktober 2005 zur Abstimmung gestellt worden ist, als schützenswerte religiöse Minderheit erwähnt werden. Dies ist insofern als historisch zu bezeichnen, als die Jeziden bislang in keinem der Länder des Nahen Ostens, in dem sie traditionell leben – Irak, Syrien und Türkei – einen derartigen offiziellen Status genießen, da allgemein verbreiteten islamischen Vorstellungen zufolge die Jeziden als »Ungläubige« und »Teufelsanbeter« gelten.⁴⁰ In der letzten uns vorliegenden englischsprachigen Version der irakischen Verfassung heißt es hierzu in Artikel 2:

- »1. Islam is the official religion of the state and is a basic source of legislation:
 - (a) No law can be passed that contradicts the fixed principles of Islam.
 - (b) No law can be passed that contradicts the principles of democracy.
 - (c) No law can be passed that contradicts the rights and basic freedoms outlined in this constitution.
2. This constitution guarantees the Islamic identity of the majority of the Iraqi people and the full religious rights for all individuals and the freedom of creed and religious practices of people like Christians, Yazidis, and Mandaean Sabians.«⁴¹

Ob diese Erwähnung zu einer Verbesserung der Situation der Jeziden im Irak auch tatsächlich beitragen wird, ist allerdings höchst zweifelhaft. Der genannte Passus in der Verfassung – die Einschränkung des Islam und insbesondere die Erwähnung der Jeziden – wurde in erster Linie aufgrund des Drucks der kurdischen Fraktion unter Führung von Präsident Barzani und gegen anhaltenden schiitischen wie sunnitischen Widerstand durchgesetzt. Es handelt sich somit um

⁴⁰ Siehe hierzu unser Gutachten an das VG Ansbach, Aktenzeichen AN 9 K 04.32509 vom 12. September 2005 sowie an das VG Berlin, Aktenzeichen VG 38 X 218.05 vom 17. September 2005.

⁴¹ Die zitierte Version stammt vom 28. August 2005 – die nach diesem Datum noch vorgenommenen inhaltlichen Veränderungen betrafen nicht den zitierten Paragraphen.

ein Zugeständnis gegenüber den kurdischen Verhandlungspartnern – nicht jedoch um eine Entscheidung, die auf der Überzeugung der Mehrheit der Angehörigen des irakischen Übergangsparlaments bzw. der Übergangsregierung – geschweige denn der Mehrheit der irakischen Bevölkerung – beruht.⁴² Was die konkrete Beteiligung von Jeziden an der Regierung anbelangt, so ist darauf hinzuweisen, dass der Posten des Staatsministers für Angelegenheiten der Zivilgesellschaft, der vor den Wahlen im Januar 2005 mit einem Jeziden besetzt war, Mamud Othman, mittlerweile an einen Schiiten übergegangen ist. Ein anderer jezidischer Minister wurde nicht ernannt.

Inzwischen sind die Ergebnisse des Verfassungsreferendums veröffentlicht worden: Zwei der mehrheitlich sunnitischen Provinzen haben die Verfassung mit einer deutlichen Zweidrittelmehrheit abgelehnt: In Salahaddin stimmten 81,75 Prozent der Wähler gegen die Verfassung, in Anbar sogar 95,96. Mit Spannung erwartet wurde das Ergebnis in der Provinz Niniveh (Mosul): Mit 44,92 Prozent (322 869) Ja-Stimmen und 55,08 Prozent (395 889) Nein-Stimmen wurden hier die notwendigen zwei Drittel zur Ablehnung der Verfassung nur vergleichsweise knapp verfehlt.⁴³ Hätte auch Niniveh, als dritte Provinz, die Verfassung abgelehnt, wäre diese insgesamt nicht angenommen gewesen. Dass in Niniveh eine solche Zweidrittelmehrheit nicht zustande kam, hängt wesentlich mit dem recht hohen Anteil an Kurden – insbesondere Jeziden – und Christen – vor allem Assyro-Chaldäer – in dieser Provinz zusammen. Diese Gruppen dürften eher für die Verfassung gestimmt haben. Dass es gerade die Minderheiten waren, die radikalen Sunniten diese Niederlage beschert haben, dürfte insbesondere die Situation in der Provinz Niniveh, vor allem im Großraum Mosul und im Sindjar, weiter verschärfen.

Auf der rein praktischen Ebene sind die irakische Übergangsregierung bzw. die ihr nachgeordneten Stellen (Polizei, Armee) im Zentral- bzw. Südirak derzeit nicht in der Lage (bzw. nicht Willens), Jeziden vor der Verfolgung islamistischer und baathistischer Gruppen bzw. Einzelpersonen zu schützen. Sie ergreifen keinerlei dementsprechende Maßnahmen und

⁴² Auf die Konflikte, die entstehen können, wenn Gesetze weder gegen die Prinzipien des Islam noch gegen Grundsätze der Demokratie verstoßen sollen, sei hier nur am Rande hingewiesen.

⁴³ Siehe <<http://www.peyamner.com/article.php?id=25655&lang=latin>>, eingesehen am 26. Oktober 2005.

verfügen nicht einmal über die Möglichkeit, die Verursacher von Anschlägen bzw. Morden zu ermitteln, geschweige denn sie vor Gericht zu stellen. Nach wie vor gibt es im Zentralirak keine funktionstüchtigen Polizeikräfte und keine funktionierende Armee. Beide Einrichtungen befinden sich noch im Aufbau, teils werden, wenn auch inoffiziell, kurdische Peschmerga aus dem Norden im Zentralirak eingesetzt. Wie die zahlreichen Angriffe auf irakische Polizisten, irakische Polizeianwärter und irakische Rekruten zeigen, sind diese nicht in der Lage, sich selbst vor terroristischen Anschlägen zu schützen, geschweige denn andere Gruppen. Entsprechend niedrig ist die Arbeitsmoral, viele Polizisten erscheinen unregelmäßig oder gar nicht zur Arbeit bzw. werden nach kurzer Zeit wieder entlassen, weil sie sich als nicht qualifiziert erweisen. Zudem ist zu konstatieren, dass insbesondere in Bagdad, aber auch in anderen Großstädten (Basra, Mosul etc.) seit einiger Zeit Beschwerden über die neuen Polizeikräfte laut werden: Diese seien selbst bereits in Teilen korrupt und beteiligten sich insbesondere an Erpressungen und Hehlerei.⁴⁴ Im so genannten sunnitischen Dreieck, d. h. dem zentralirakischen Gebiet mit den Städten Tikrit, Falludja und Ramadi (weniger in Bagdad) sowie im schiitischen Süden kommt hinzu, dass die lokale Polizei kaum gegen einflussreiche Stammeseliten, religiöse Führer und Milizen bzw. auf lokaler Ebene nach wie vor einflussreiche baathistische Cliquen vorgehen kann bzw. selbst in enger Beziehung zu diesen steht, also keine unabhängige Institution darstellt. Auch ein Großteil der Mosuler Polizei sympathisiert mit Islamisten und/oder Baathisten bzw. setzt sich gegen deren Einfluss aus Angst nicht zur Wehr. Es ist ernstlich zu bezweifeln, ob in den genannten Gebieten Anzeigen von Jeziden überhaupt aufgenommen, geschweige denn Straftaten verfolgt würden – vorausgesetzt, Jeziden würden es überhaupt wagen, diese zur Anzeige zu bringen. Insofern Teile der Polizei/der offiziellen Verwaltung mit islamistischen Gruppen sympathisieren bzw. teilweise sogar kooperieren, verschwimmen hier die klaren Grenzen zwischen der Verfolgung durch staatliche und nicht-staatliche Akteure. Ein weiteres schwerwiegendes Problem innerhalb der Polizei besteht darin, dass ein Großteil der erfahrenen Polizeikräfte im Rahmen der angestrebten De-Baathifizierung entlassen wurde, was zu einem Kompetenzverlust

⁴⁴ Schriftwechsel der Gutachter mit C. Reuter, Korrespondent eines deutschen Nachrichtenmagazins, im März 2004. Der Genannte hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Bagdad auf.

innerhalb der Polizei führte. Inzwischen sind mehr und mehr dieser Personen zurückgeholt worden.⁴⁵ Ob dies dazu führt, dass die Polizei effektiver bzw. unparteiischer arbeiten wird, muss bezweifelt werden. Etwas besser geworden ist hingegen mittlerweile die Ausstattung der einzelnen Polizeiwachen.

Die Sicherheitslage im Nordirak ist bislang deutlich besser als in den anderen Teilen des Landes: Der kurdisch verwaltete Norden verfügt über ein seit den 1990er Jahren kontinuierlich entwickeltes und daher relativ stabiles Sicherheitssystem (Polizei und Geheimdienst). Zudem darf nicht unterschätzt werden, dass das Gebiet flächenmäßig relativ klein ist und, abgesehen von einer kleinen christlichen und turkmenischen Minderheit, eine weitgehend homogene, d. h. kurdische Bevölkerung aufweist. Personen, die kein Kurdisch sprechen, fallen automatisch auf und werden von den Sicherheitskräften als verdächtig eingestuft, was die Niederlassung bzw. das Agieren terroristischer Gruppen arabischer Provenienz auf kurdischem Gebiet erschwert.⁴⁶

Anders als im Zentral- und Südirak kann davon ausgegangen werden, dass Straftaten gegenüber Jeziden von den kurdischen Strafverfolgungsbehörden auch tatsächlich verfolgt werden: So ist uns ein Fall bekannt, in dem vor etwa zwei Monaten ein junger Jezide aus Khanek (kurdisches KDP-Gebiet) von der Polizei erschossen wurde, weil er verbotenerweise im Euphrat fischte. Der betreffende Polizist wurde vor Gericht gestellt – ein Vorgang, mit dem außerhalb der kurdischen Gebiete nicht zu rechnen gewesen wäre.⁴⁷ Ferner werden jezidische Institutionen (wie das Lalisch-Zentrum) von bewaffneten Peschmerga der KDP bewacht. Dieser Schutz ist jedoch eher kosmetischer Natur, da diese Präsenz im Ernstfall weder vor einer Autobombe, noch vor anderen terroristischen Anschlägen schützen könnte. Um Einrichtungen wie Restaurants, Alkoholgeschäfte, Damenfrisöre oder Schönheitssalons, die auch im Norden teilweise Ziel von Angriffen sind, effektiv zu schützen, fehlt auch dort

⁴⁵ Information von C. Reuter, Korrespondent eines deutschen Nachrichtenmagazins, aus dem März 2004. Der Genannte hielt sich zu diesem Zeitpunkt in Bagdad auf.

⁴⁶ Die Mehrheit der im Irak agierenden terroristischen Gruppen dürfte arabischer Provenienz sein – radikal-islamische kurdische Gruppen gibt es zwar, sie stellen jedoch eine Minderheit dar.

⁴⁷ Information von Irene Dulz, 9. Oktober 2005.

das Personal. Mindestens mit Blick auf private Alkoholläden würde die kurdische Regierung/Verwaltung einen Schutz durch kurdische Peschmerga/Polizei aus »moralischen« Gründen auch nicht bewilligen. Die Betroffenen würden entweder aufgefordert, ihre Geschäfte aufzugeben, oder aber ihnen würde geraten, sich zu bewaffnen und selbst zu verteidigen.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, wie fragil die derzeitige »Ruhe« in den kurdischen Gebieten ist. Letztlich ist nur schwer erklärbar, weshalb die kurdisch verwaltete Region bislang von terroristischen Anschlägen islamistischer bzw. baathistischer Provenienz weitgehend verschont geblieben ist. Eine Theorie besteht darin, dass der bzw. die kurdischen Geheimdienste sowie die kurdische Polizei mittlerweile so effektiv arbeiten, dass Anschläge dieser Art nicht durchgeführt werden können. Auch wenn Geheimdienst respektive Polizei respektive Peschmergaeinheiten sehr viel effizienter arbeiten als vergleichbare Dienste im Rest des Irak und zudem in Städten wie Suleymaniya sämtliche Bewohner aufgerufen sind, ungewöhnliche Vorkommnisse unverzüglich über eine zentrale Telefonnummer an staatliche Stellen weiterzuleiten, ist es dennoch sehr unwahrscheinlich, dass auf diese Weise die Anschläge zellenartig organisierter Selbstmordattentäter verhindert werden können. Eine andere Theorie geht davon aus, dass die kurdischen Gebiete bislang vor allem deshalb weitgehend verschont geblieben sind, weil sie das »Rückzugsgebiet« der im Irak agierenden terroristischen Organisationen darstellen, also das Gebiet, in dem Sprengstoff und Waffen aufbewahrt und möglicherweise Kader geschult werden. Sollte Letzteres zutreffen, stellt sich die Frage, inwiefern KDP und PUK bzw. ihre Geheimdienste hierüber informiert sind bzw. gegebenenfalls sogar entsprechende Absprachen – Rückzugsgebiet gegen »Frieden« – abgeschlossen wurden, wobei sich hier freilich die Frage stellt, mit wem als »Verantwortlichen« ein solches Arrangement vereinbart werden könnte. Auch hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache, dass es am 25. Oktober 2005 erstmals in Suleymaniya terroristische Anschläge gegeben hat. Am Morgen rasten zwei Autos Mitten in Suleymaniya-Stadt in den Konvoi von Mulla Bakhtiyar, Führungsmitglied der PUK und erklärter Gegner islamistischer Gruppen. Bakhtiyar selbst soll nur leicht verletzt worden sein, mehrere seiner Leibwachen kamen hingegen ums Leben. Am selben Tag explodierte vor dem

Ministerium für Peschmergaangelegenheiten, wo an diesem Tag ein Festival für Nachwuchspeschmerga stattfinden sollte, eine Autobombe.⁴⁸ Wenn diese Anschläge auch bislang als Einzelfälle zu kategorisieren sind – ebenso wie die sehr viel schweren Angriffe in Arbil⁴⁹ und einige kleinere Vorfälle in Dohuk – so wird doch abgewartet werden müssen, wie sich die Lage weiter entwickelt.⁵⁰ Letztlich sind die kurdischen Gebiete – die Gebiete, in denen die Verbündeten der USA, die »Verräter« der arabischen Nation und die Gegner eines fundamentalistischen Islam leben, ein extrem lohnendes Ziel für baathistische und islamistische Gruppen.

Dieses Gutachten wurde nach bestem Wissen und Gewissen erstellt.

Mit freundlichen Grüßen,

Eva Savelsberg

Siamend Hajo

Literatur

Dulz, Irene 2001: *Die Yeziden im Irak: Zwischen Modelldorf und Flucht*. Münster: LIT.

Foreign Office, Great-Britain (Hrsg.): *Iraq Country Report – April 2004*, einsehbar unter <http://www.ecoi.net>.

Spät, Eszter 2005: *The Yezidis*. London: Saqi.

⁴⁸ Mitteilung einer Informantin aus Suleymaniya, 25. Oktober 2005. Insgesamt sollen bei den Anschlägen, für die Al-Kaida die Verantwortung übernommen hat, neun Personen getötet und fünfzehn verletzt worden sein. Siehe <<http://www.peyamner.com/article.php?id=25698&lang=latin>>.

⁴⁹ Newroz 2003 wurde ein Anschlag auf die Parteizentralen von PUK und KDP verübt, damals kamen über hundert Personen ums Leben; am 4. Mai 2005 starben nach der Explosion einer Autobombe insgesamt neunundvierzig Menschen.

⁵⁰ Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass, wie bei dem Anschlag in Arbil, hohe und höchste Sicherheitskreise, in diesem Fall der PUK, in den Anschlag verwickelt sind.